

An den
Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herrn Felix Gaul
Rathausplatz 1
36100 Petersberg

Antrag: Änderung der Straßenbeitragssatzung

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Haupt- und Finanzausschuss, die Straßenbeitragssatzung auf Grund neuer rechtlicher Möglichkeiten (wiederkehrende Beitragsgestaltung) und unter Beachtung der finanziellen Situation der Gemeinde auf eine mögliche prozentuale Reduzierung der Beträge für die Bürger zu prüfen. Noch vor den abschließenden Beratungen zum Haushalt 2018 sollten die Ergebnisse und mögliche Änderungen der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden und vor einer endgültigen Änderung in einer Bürgerversammlung erörtert werden.

Begründung:

Seit 2013 besteht auch in Hessen für die Gemeinden die Möglichkeit in Straßenbeitragssatzungen zwischen einmaligen und wiederkehrenden Kostenbeteiligungen der Bürger zu wählen. Für beide Varianten der Straßenbeitragssatzung gilt: Beitragspflichtig sind grundlegende Erneuerungs- sowie Verbesserungs- und Erweiterungsmaßnahmen. Inzwischen haben mehrere Gemeinden ihre Straßenbeitragssatzung auf wiederkehrende Beiträge umgestellt. Hier wären ggf. erste Erfahrungen in eine Bewertung einzubeziehen. In 37 von 426 Städten und Gemeinden in Hessen, darunter die Landeshauptstadt Wiesbaden, werden die Straßen vor den Anwesen privater Grundstückseigentümer kostenlos grunderneuert oder ausgebaut. Einige wenige Gemeinden haben die Kostenbeteiligung für die Bürger von den Höchstsätzen abweichend reduziert. Auch diese Möglichkeit sollte ausgelotet werden. Dabei sollte auch die dauerhafte Kosteneinsparung (geringer Energieverbrauch) durch die Erneuerung von Straßenlampen bewertet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Wahl
(Vorsitzender)